

Brigitte Heilenz

Gemeindeverwaltung Wachau
Gemeinderat Herr Jürgen Kötzing
Teichstraße 4
01454 Wachau

28. November 2008

Offene Antwort auf Ihren (gemeinsam mit Ihrer Frau verfassten) Leserbrief in der „SZ“ vom 25.11.2008 unter dem Titel „Bisher ist noch gar keine endgültige Entscheidung zum Müllkraftwerk gefallen“

Sehr geehrter Herr Kötzing,

beim Lesen Ihres Beitrages habe ich immer nach den „Argumenten“ Ausschau gehalten, mit denen Sie die „Kraftwerksgegner“, von denen Sie sich offensichtlich angegriffen fühlen, von Ihrer Meinung überzeugen wollten. Gefunden habe ich nur Polemik, die auch nicht erkennen lässt, warum Sie so vehement die Interessen des Herrn Müller vertreten. Ich gehe davon aus, dass Sie die Planungsunterlagen, zu denen sich die Bürger mit Einwendungen äußern konnten, sehr kritisch geprüft haben. Sie kennen auch das Firmengeflecht, das die Interessen von Müller-Milch zu vertreten hat.

In der Überschrift des Beitrages heißt es zutreffend, dass noch keine „endgültige“ Entscheidung gefallen ist. Woran sollte Ihre persönliche (denn Sie werden sich bei der Abstimmung im Gemeinderat ja entscheiden müssen) Entscheidung denn „scheitern“? Sie „horchen auf, wie die Kraftwerksgegner mit der Wahrheit umgehen“ und behaupten, dass „die Firma Müller aber den Empfehlungen der Gutachter folgt“. Das habe ich in den eingereichten Planungsunterlagen aber nicht bestätigt gefunden. Die Forderung des toxikologischen Gutachters, dass für die technische Gestaltung des Kraftwerks nicht die gesetzlichen Grenzwerte, sondern die ermittelten Vorsorgewerte Grundlage sein sollten, findet sich in ihnen nicht wieder. Es wird in der Umweltverträglichkeitsstudie nicht einmal für notwendig befunden (warum wohl?), die bereits vorhandene Umweltbelastung für alle Schutzgüter in dem Umkreis, der vom Betrieb dieses Kraftwerkes betroffen wäre, zu ermitteln. Statt dessen werden Werte einer 22 km entfernten Messstation einfach als gegeben angenommen. Könnte es vielleicht sein, dass die Kraftwerksgegner „Schadstoffwerte in den Raum gestellt“ haben, weil sie sich mit den Gutachten und anderen wissenschaftlichen Untersuchungen, die unabhängig von diesem Kraftwerksvorhaben veröffentlicht wurden, inhaltlich beschäftigt haben? In mehreren Veröffentlichungen wurde schon erklärt, dass gesetzliche Grenzwerte für Schadstoffe vom Gesetzgeber in einem Interessenabwägungsverfahren ausgehandelt werden (so funktioniert Demokratie) und sich darin die Wissenschaftler mit ihren Forschungsergebnissen gegen die Industrielobby meist nicht durchsetzen können. Deshalb wird auch niemand behaupten können (und das tut auch die Umweltverträglichkeitsstudie nicht), dass deren Einhaltung die Gesundheitsgefährdung von Tieren und Menschen ausschließt. Sie wird nur einfach als hinnehmbar bewertet.

Nun frage ich auch Sie (von den Gemeinderäten Cyriax und Känner habe ich auf meine Fragen vom 20. März 2008 leider keine Antwort erhalten): „Warum sollen die Bürger der betroffenen Region eine Gesundheitsgefährdung in Kauf nehmen für ein Müll verbrennendes Kraftwerk, das nur einem Mann mit seinem Firmengeflecht einen bedeutenden Gewinn bringt? Wessen Interesse (und leider

schließen sich in dieser Frage die Interessen der Bürger und von Herrn Müller aus) haben Kommunalvertreter zu vertreten? Nun hat der Bürger im nächsten Jahr ja wieder Gelegenheit zu prüfen, welche Partei seine Interessen vertritt und wem er auf dem Wahlzettel sein Vertrauen ausspricht.

In Form der Frage „...wenn sie sich in vielleicht zehn Jahren bei der Fa. Müller um einen Ausbildungsplatz bewerben wollen“, klingt das „Todschlagsargument“ der Arbeitsplatzsicherung an. Haben Sie auch daran gedacht, dass Müller-Milch mit seinem Wettbewerbsvorteil „eigene Energieerzeugung mit Müll“ an anderen Standorten Deutschlands Arbeitsplätze vernichten würde? Das stört Herrn Müller nicht, denn er hat 2003 mit dem Argument in Leppersdorf 148 Arbeitsplätze zu schaffen (wofür er mit ca. 70 Mio. EUR Fördermitteln „beschenkt“ wurde), in den alten Bundesländern 165 abgebaut.

Abschließend habe ich mich sehr über Ihre Feststellung gewundert, dass für „...durch die Bevölkerung jährlich 45 Mio. Tonnen Abfall erzeugt...“ werden, für die ca. 150 Kraftwerke (wie das geplante) gebaut werden müssten. Nach einer Auflistung der bestehenden und geplanten Anlagen von Remondis im Juni 2007 und des Informationsdienstes Umweltrecht e. V. besteht dieser Bedarf nicht. Außerdem wäre es im Interesse unserer Umwelt endlich an der Zeit, den Abfall stofflich wiederzuverwerten, weil die Rohstoffe und nicht nur die fossilen Energieträger auf der Erde endlich sind. Es gibt eben Alternativen zur Verbrennung. Vielleicht lässt sich mit diesen Verfahren aber nicht so viel Gewinn für private Betreiber erzielen.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie mir die aufgeworfenen Fragen beantworten würden.

Mit freundlichen Grüßen

Brigitte Heilenz